

Beschluss der KDV Neukölln vom 19.9.2015

Der Landesparteitag möge beschließen:

Profession und Arbeit von Grundschullehrer*innen wertschätzen und stärken!

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats dazu auf, die Profession und Arbeit von Grundschullehrer*innen durch folgende Maßnahmen anzuerkennen, zu wertschätzen und zu stärken:



1. Gerechte Bezahlung

Grundschullehrer*innen sollen nicht länger weniger verdienen als ihre Kolleg*innen an den Oberschulen.

Wir fordern, dass Grundschullehrer*innen den Oberschullehrer*innen (Studienrät*innen) tariflich schrittweise gleichgestellt werden. Die extratarifliche Zulage soll auch den Grundschullehrer*innen voll ausgezahlt werden.

2. Einstellungspolitik überdenken, Bildungsqualität durch Qualifikation erhalten

Wir kritisieren, dass derzeit verstärkt für die Oberschule ausgebildete Lehrkräfte (Studienrät*innen) in Grundschulen angestellt werden müssen, um den Personal-mangel an Grundschulen abzufedern.

Wir fordern, dass diese Einstellungspolitik an Berliner Grundschulen überdacht wird und größere Anstrengungen unternommen werden, um freie Plätze in der Primarstufe bedarfsgerecht mit dazu ausgebildeten, kompetenten Grundschullehrer*innen zu besetzen.

Begründung:

Wir wollen die qualifiziertesten und kompetentesten Lehrerinnen und Lehrer für unsere Berliner Grundschulen.

Vor allem für einen so heterogen zusammengesetzten Bundesland wie Berlin ist es von besonderer Bedeutung, dass die Lehrkräfte professionell befähigt werden, ihr Fachwissen sowie ihre pädagogischen und didaktischen Kompetenzen voll auszuschöpfen und weiterzuentwickeln.

In unseren Augen sind ausgebildete Studienrät*innen nicht im ausreichenden Maße für die didaktischen und pädagogischen Besonderheiten der Grundschule geschult worden. Dieses politische Vorgehen entwertet die Profession der Grundschullehrer*innen und mindert die Qualität des Unterrichts an Grundschulen.

Vor diesem Hintergrund sehen wir es kritisch, dass derzeit verstärkt für die Oberschule ausgebildete Lehrkräfte (Studienrät*innen) in Grundschulen angestellt werden, um den Personal-mangel an Grundschulen abzufedern. Darüber hinaus fördert es Ungerechtigkeit und Spannungen im Lehrer*innenkollegium, da die an Grundschulen angestellten Studienrät*innen vollen Oberschulgehalt beziehen und damit wesentlich mehr verdienen als voll ausgebildete Grundschullehrer*innen.